

## NIEDERSCHRIFT

über die 16. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Entwicklung, Umwelt und Naturschutz der Gemeinde Friedland am Donnerstag, dem 18.02.2010, im großen Sitzungszimmer der Gemeindeverwaltung Friedland-Groß Schneen

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 21.35 Uhr

### Anwesend:

#### vom Ausschuss:

Ausschussvorsitzender Herr Frank Holzapfel  
Herr Bernd Magerkurth  
Herr Reinhard Dickehuth  
Herr Klaus Wedekind  
Herr Rolf Gerke  
Herr Herbert Mecke  
Herr Wilfried Henze  
Frau Ute Haferburg (Grundmandat) (bis 20.45 Uhr)

#### als beratende Mitglieder:

Frau Annelie Hagemann  
Herr Paul Emde  
Frau Sigrid Mecke

#### vom Rat:

Herr Lothar Zeuner (bis 20.00 Uhr)  
Herr Christian Baur  
Frau Dr. Annette Wollenweber

#### von der Verwaltung:

Herr Bürgermeister Andreas Friedrichs  
Herr Jürgen Schäfer  
Frau Bettina Bruder

#### es fehlten entschuldigt:

Herr Wolfgang Greber  
Herr Horst Austinat  
Herr Toni Limburg

#### Gäste:

Herr Gerhard Hünermund (Fa. Papenburg)  
Herr Andre Dietz (Fa. Papenburg)  
Herr Wolfgang Pehle (Planungsgruppe Lange Puche)  
Herr Thomas Fatscher (Planungsgruppe Lange Puche)  
Herr Christian Horak (Planungsgruppe Lange Puche)  
Herr Dietbert Rhode (Architekt)

### TAGESORDNUNG:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Beschlussfassung, welche Tagesordnungspunkte in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden sollen
4. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.11.2009
5. Mitteilungen des Bürgermeisters

6. Bericht: (VL 3299)  
 Aufstellungsverfahren Bebauungsplan Nr. 38 „Auf dem Mittelberge“, Elkershausen  
 (Vorhaben: Errichtung eines Asphaltmischwerkes)  
 hier: Vorstellung der Unterlagen für die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung  
 (§ 3 Abs. 1 BauBG) / frühzeitige Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 1)
7. Beratung und Beschlussempfehlung: (VL 3300)  
 Bauleitplanung der Gemeinde Friedland  
 Bebauungsplan Nr. 039 „Kleine Gasse“, OT Klein Schnee  
 - Aufstellungsbeschluss (Beschleunigtes Verfahren gem. § 13a BauGB)
8. Beratung und Beschlussempfehlung: (VL 3301)  
 Grundschule Friedland  
 - Planungsentwurf Erneuerung Pausenhalle  
 - Genehmigung des Bauprogramms
9. Beratung und Beschlussempfehlung: Anlage  
 - Haushaltsplan  
 - Haushaltssatzung 2010
10. Bericht  
 Straßenunterhaltung  
 - Teilsanierung der Straße „Am Bühgraben“, Deiderode
11. Anfragen

TOP 1: Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Holzapfel begrüßt die Anwesenden, insbes. die Öffentlichkeit, und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte und ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ausschussmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses werden festgestellt.

TOP 2: Festsetzung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Der TOP 8 soll vorgezogen und nach TOP 6 behandelt werden. Die Tagesordnung wird mit der Änderung mit sieben Ja-Stimmen festgesetzt.

TOP 3: Beschlussfassung, welche Tagesordnungspunkte in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden sollen

Anträge liegen nicht vor. Sämtliche Tagesordnungspunkte sind in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

TOP 4: Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.11.2009

Die Niederschrift wird mit fünf Ja-Stimmen und zwei Enthaltung genehmigt.

TOP 5: Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Schäfer berichtet:

- Die Regierungsvertretung Braunschweig hat mitgeteilt, dass bezüglich des Baues der 380 KV – Höchstspannungsleitung die Antragsunterlagen vom Vorhabenträger für das Raumordnungsverfahren frühestens im Juni 2010 vorliegen werden.
- Die vom Rat beschlossene 1. Änderung des gemeindlichen Flächennutzungsplanes 2006 – 2020 ist dem Landkreis Göttingen zur Genehmigung vorgelegt worden. Die Änderung betrifft die Ortschaften Niedergandern, Niedernjesa und Deiderode.

- Die Straßenausbauarbeiten „Bäckergasse“ sind ausgeschrieben worden. Die Angebote werden zt. geprüft. Die Maßnahme wird aus Mitteln der Städtebauförderung finanziert.
- In der Sporthalle Friedland werden die Toiletten- und Duschanlagen momentan erneuert. Erstmals wird eine behindertengerechte Toilette eingebaut. Die Fertigstellung ist für Ende März 2010 geplant. Der Landkreis Göttingen fördert die Maßnahme mit ca. 12.000,00 €. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 55.000,00 €.
- In der Zeit vom 1. März bis 6. März 2010 findet im Kaufpark Göttingen die Immobilienmesse statt. Die Kommunale Grundstücks- und Erschließungsgesellschaft mbH ist mit ihren Baugebieten vertreten.
- Die Planfeststellungsunterlagen zum Bau der Ortsumfahrung Hebenshausen (B 27) sind bei dem RP Kassel angefordert worden und liegen nunmehr vor. Die Unterlagen werden durch ein Ingenieurbüro geprüft, ob sich durch abfließendes Oberflächenwasser Probleme in der Ortschaft Niedergandern ergeben könnten.
- Der Landkreis Göttingen hat die im Rahmen der Änderung des RROP erstellte demographische Studie übersandt. Die Unterlagen werden den Ratsmitglieder zugestellt. Der Einwohnerverlust ist gegenüber früheren Aussagen korrigiert worden und soll im Jahre 2025 rd. 9 % betragen.
- Die Genehmigung der Ausbauplanung OD Niedergandern wird erwartet. Zwischenzeitlich wurde die GVFG-Förderung ausgesprochen. Die Zuwendung beläuft sich auf rd. 95.000,00 €. In den nächsten Tagen werden die Bauerlaubnisverträge versendet.

#### TOP 6: Bericht

Aufstellungsverfahren Bebauungsplan Nr. 38 „Auf dem Mittelberge“, Elkershausen (Vorhaben: Errichtung eines Asphaltmischwerkes)

hier: Vorstellung der Unterlagen für die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung ( § 3 Abs. 1 BauBG) / frühzeitige Behördenbeteiligung ( § 4 Abs. 1)

Herr Holzapfel erklärt, dass es sich bei dem Bericht um Unterlagen für die frühzeitige Öffentlichkeitsarbeit handelt.

Herr Bürgermeister Friedrichs äußert sich erfreut über den hohen Zuspruch seitens der Bürgerschaft. Die heutige Vorstellung des Berichts stellt eine der frühzeitigen Bürgerbeteiligung vorgeschaltete Informationsrunde dar. Das formale Verfahren wird am 9. März 2010 im Rahmen eines öffentlichen Erörterungstermins gestartet. Die dort geäußerten Anregungen und Bedenken werden schriftlich fixiert und im Rahmen des Verfahrens abgearbeitet. Er bittet die Anwesenden die Chance zu nutzen und Fragen an die Vertreter der Fa. Papenburg und an die Vertreter des mit der Planung beauftragten Büros Planungsgruppe Lange & Puche zu richten. Die Verwaltung wird die Ortsräte in der Gemeinde Friedland über die Planungen unterrichten. Es gibt keine Absprachen, welche die Politik oder die Verwaltung an die Fa. Papenburg binden. Zudem gibt es keine Verbindung zu einem möglichen Bodenabbau im Bereich Mollenfelde. Der Flächennutzungsplan sieht Flächen für den Bodenabbau nur im Bereich von Stockhausen vor. Die Kritik an der bisherigen Vermarktungsstrategie hält er für unangemessen und weist auf die vielfältigen Bemühungen der IG Lage (Mailingaktionen, Messeauftritte etc.) hin.

Herr Horak stellt die Grundzüge der Planung, das städtebauliche Konzept sowie den vorläufigen Lageplan vor. Bezüglich des Planungsablaufes und Stand des Verfahrens erläutert er, dass der Bebauungsplanentwurf noch nicht vollständig vorliegt, da Gutachten ausstehen. Er weist darauf hin, dass die Bürger/Innen innerhalb des Verfahrens die Möglichkeit zur Äußerung und der Einreichung von Eingaben besitzen. Die Planzeichen und ihre Bedeutungen werden erklärt. Die Fläche soll als Gewerbegebiet ausgewiesen werden, da die Asphaltmischanlage

der Fa. Papenburg nach der Gebietsklassifizierung in einem Gewerbegebiet zulassungsfähig ist. Die Ansiedlung geht konform mit dem 2004 geschlossenen Vertrag zum IG A 38.

Herr Holzapfel dankt Herrn Horak für seine Ausführungen und bittet um Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

Herr Zeuner bedankt sich für die Informationen und weist darauf hin, dass der Vortrag den Charakter eines Zwischenberichtes besitzt. Er fragt nach, inwieweit Aussagen zur Lärm- und Luftbelastung vorliegen.

Herr Horak erklärt, dass die Gutachten noch nicht vorliegen. Zur Zeit gibt es Hinweise, dass die Lärmimmissionen unterhalb der Grenzwerte liegen. Die Gutachten sind von einem externen Büro, der GICON in Dresden, in Auftrag gegeben worden.

Herr Dickehuth erkundigt sich nach der verkehrlichen Anbindung des Gebietes und ob die Ortschaften in Mitleidenschaft gezogen werden könnten.

Herr Dietz versichert, dass der Verkehr über die A 38 und die A 7 abgewickelt wird, da kurze Fahrstrecken zur A 7 angestrebt werden. Die gemeindlichen Straßen sind aufgrund ihres Ausbaustandards nicht in der Lage, den Verkehr aufzunehmen. Die Zuschlagstoffe werden aus Eschwege und Kassel sowie von Lagerstätten im Landkreis Göttingen angeliefert. Es besteht kein Interesse an einem Abbau im Bereich Mollenfelde.

Frau Haferburg erkundigt sich, ob die Gutachten auf der Grundlage von Berechnungen analog der Gutachten zur A 38 erstellt werden.

Herr Holzapfel verweist auf das Problem, dass die Berechnungen auf Prognosen beruhen, solange die Anlage nicht betrieben wird.

Frau Hagemann sieht Probleme, wenn die A 38 oder A 7 gesperrt sind.

Herr Dietz erläutert, dass auf dem Gelände Material bevorratet wird, so dass Sperren überbrückt werden können. Der Transport des Asphalts entfällt, da die Baustellen nicht erreicht werden können.

Herr Zeuner berichtet, dass das Verfahren, die Anlage mit Braunkohlenstaub zu betreiben, umstritten ist und fragt nach Alternativen (Gas, Öl).

Herr Dietz schildert, dass der Einsatz von Braunkohlestaub in der Branche aus wirtschaftlichen Gründen zugenommen hat und mehrere Anlagen auf Braunkohle umgerüstet worden sind. Technisch ist der Einsatz anderer Stoffe möglich. Die Anlage verfügt über eine Entstaubungsanlage und ist nicht mehr vergleichbar mit früheren, kohlebefeierten Anlagen. Über den Schornstein wird ein Kondensat abgegeben. In Berlin finden sich vergleichbare Anlagen in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohnbereichen.

Herr Baur bittet um Klärung, wo die Immissionen aus der Verbrennung verbleiben, wenn nur Kondensat abgegeben wird.

Herr Dietz verweist auf die Entstaubungsanlage. Die aufgefangenen Stoffe werden dem Verfahren wieder zugeführt oder einer geordneten Entsorgung zugeführt.

Herr Ausschussvorsitzender Holzapfel unterbricht um 18.40 Uhr die Sitzung für Fragen der Öffentlichkeit.

Herr Wiesemüller wirft ein, dass die Anlage in Heiligenstadt bereits arbeitet und Gutachten vorliegen müssten. Bezüglich der Verkehrsbelastung berichtet er von massiven Straßenschäden im Bereich Gertenbach etc..

Herr Hünermund legt dar, dass in den vergangenen 5 Jahren die Messungen in Heiligenstadt regelmäßig von einem unabhängigen Institut durchgeführt und stets alle Auflagen erfüllt worden sind.

Herr Groeneveld bezieht sich auf die Vorlage 3299 und stellt fest, dass ein vorhabenbezogener Bebauungsplan die Kenntnis des Projektes voraussetzt. Er kritisiert, dass unter 2.3.1. und dem Stichwort „viele kleinere Orte im näheren Umfeld“ u.a. die Städte Münden und Witzenhausen genannt werden. Zum Verständnis des Produktionsbetriebes möchte er die Begriffe „rieselfähige Additive“ und „Sonderbindemittel“ erläutert haben.

Herr Hahn weist auf die Unterschiede in der Klassifizierung von Industrie- und Gewerbegebieten und auf die Auswirkungen bzw. möglichen Wechselbeziehungen auf die verbleibenden Fläche hin. Er fragt an, was passiert, wenn die Gemeinde Rosdorf dort ein Industriegebiet ausweist.

Herr Horak stellt die Entstehungsgeschichte des Gebietes vor und betont, dass die Gemeinde Friedland nicht beabsichtigt, ein Industriegebiet auszuweisen. Die Errichtung der Asphaltmischanlage ist in einem Gewerbegebiet zulässig.

Herr Schäfer ergänzt, dass bereits in den letzten Ortsratsitzungen diesbezüglich berichtet worden ist. Eine Vorprüfung der Immissionen hat ergeben, dass die Ausweisung eines Industriegebietes nicht erforderlich ist.

Herr Faust kritisiert, dass in der letzten Sitzung des Orsrates Niedergandern nicht über das Vorhaben der Fa. Papenburg berichtet worden ist und dass der Bürgermeister nicht auf jeder Ortsratsitzung vertreten war. Er zeigt sich verwundert, dass ohne Änderungen in der Anlage ein Gewerbegebiet nunmehr ausreichend ist. Er berichtet, dass Vermessungen vorgenommen worden sind und fragt nach dem Auftraggeber.

Herr Dietz erklärt, dass für das Verfahren ein qualifizierter Lageplan vorgelegt werden muss und dafür eine Vermessung durchgeführt worden ist.

Herr Faust bittet um Erläuterung des Begriffes „Erheblichkeit“.

Herr Pehle erklärt, dass sich die Bauleitplanung hinsichtlich der Auswirkung von Lärmimmissionen an der DIN 18005 orientiert. Weitere Grenzwerte, z.B. bezüglich der Geruchsbelastung, werden durch das BImSchG und die GIRL festgesetzt. Diese Regelwerke setzen die Grenzwerte, an denen sich die Beurteilung der Erheblichkeit orientiert, fest. Zudem findet eine naturschutzrechtliche Beurteilung des Eingriffes statt. Grundlage bildet ein Punktesystem auf Basis des Nds. Biotopkartierungsschlüssel. Die Beurteilung kann als subjektiv gewertet werden, gilt aber als allgemein anerkannt.

Herr Faust fragt nach, ob das Regenwasser kontaminiert und wohin es abgeleitet wird und ob höhere Anforderungen an die Feuerwehr gestellt werden, die ggf. mit Kosten verbunden wären.

Herr Friedrichs bittet um Verständnis, dass nicht alle das Projekt betreffende Fakten veröffentlicht werden können, da es sich zum Teil um private Geschäfte und private Grundstücke handelt, die dem Datenschutz unterliegen. Er äußert sein Bemühen, selbst möglichst viele Sitzungen wahrzunehmen, was angesichts seines umfangreichen Sitzungsplanes nicht immer möglich ist. Er versichert, dass stets qualifizierte Vertreter der Verwaltung zugegen waren bzw. sein werden.

Herr Miest dankt für die den Ortsräten zur Verfügung gestellten Entwürfe. Er erkundigt sich, ob die Gutachten bis zum 9. März 2010 vorliegen, da die frühzeitige Bürgerbeteiligung an dem Termin ohne diese Unterlagen keinen Sinn macht. Bezüglich des Regenrückhaltebeckens erkundigt er sich nach der in der Vorlage angesprochenen Qualitätsverbesserung des Schneenbaches und ob das Wasser nur abgegeben wird, wenn es als schadlos einzustufen ist.

Herr Horak geht davon aus, dass zu dem Termin der frühzeitigen Bürgerbeteiligung alle Unterlagen vorliegen.

Herr Dietz erläutert, dass das Regenwasser kontrolliert an den Schneenbach abgegeben wird. Es wird Stäube enthalten, aber keine giftigen Stoffe. Die „rieselfähig-

gen Stoffe“ basieren auf Zellulose. Unter „Sonderbindemittel“ werden haftverbessernde und viskositätsabsenkende Mittel geführt.

Herr Meyer stellt verschiedene Fragen bezüglich der Heizleistung der Anlage, der Kubikmeter Abluft je Stunde, der Betriebszeiten, der Kapazität der Anlage, der Kaminhöhe, möglicher Erweiterungspläne und der Gründe für eine Verlagerung des Standortes von Heiligenstadt nach Friedland sowie der Vermarktungsbemühungen seitens der Verwaltung.

Herr Dietz erklärt, dass er die angefragten Daten nicht im Detail vorliegen hat, sie aber der Verwaltung zwecks Weitergabe zur Verfügung stellen wird. Der Betrieb läuft diskontinuierlich, da die Betriebszeiten witterungsabhängig sind. Aufgrund der öffentlichen Ausschreibungen und der kommunalen Haushaltsführung finden die Arbeiten schwerpunktmäßig von September bis November statt. In den Wintermonaten ruht der Betrieb und es werden Wartungs- und Reparaturarbeiten durchgeführt. In der Regel findet kein 24 h - Betrieb statt. Zum Recycling der Stoffe wird zweimal jährlich für zwei Wochen ein Brecher eingesetzt. Die Betriebszeiten hierfür liegen zwischen 7 und 17 Uhr. Die Berechnung der Höhe des Kamins erfolgt aufgrund der Vorgaben des BIMSchG. Sie wird voraussichtlich etwas über 30 m betragen. Eine Verlagerung des Standortes ist angezeigt, da die Anlage als Baustelleneinrichtung in Heiligenstadt einer Befristung unterliegt. Für einen neuen Standort ist die Nähe zur A 7 von Bedeutung, um den Wirkungsbereich zu verbessern.

Herr Friedrichs weist auf die vielfältigen Bemühungen der Gemeinde als Mitglied der IG Lage hin, einen Investor für die Fläche zu finden (Mailingaktionen, Messebeteiligung EXPO REAL etc.).

Herr Faust zweifelt die logistischen Vorteile für die Fa. Papenburg an, da ein Teil des benötigten Materials aus Leuna angeliefert wird.

Herr Hünermund ergänzt, dass die Anlage als Baustelleneinrichtung „auf der grünen Wiese“ in Heiligenstadt errichtet worden ist. Mittlerweile ist dort eine Gewerbegebiet ausgewiesen worden, in welches die Anlage konzeptionell nicht eingebunden werden kann. Auch der Status als Kurbad und das damit verbundene Image stehen einem Verbleib der Anlage am derzeitigen Standort entgegen.

Herr Kalusa weist auf die Konkurrenz zur STRABAG am geplanten Standort hin und fragt nach, warum die Fa. Papenburg nicht auf den bereits in ihrem Besitz befindlichen Flächen in Nordhausen investieren möchte.

Herr Hünermund verweist auf Nähe zu den Rohstofflagern (Basalt etc.) in Eschwege und Kassel.

Herr Hesse berichtet von seinem Wohnortwechsel von Grone nach Klein Schneen und der Tätigkeit seiner Ehefrau als Tagesmutter. Er befürchtet, dass bei einer zunehmenden Belastung der Luft, Eltern ihre Kinder zukünftig nicht mehr zur Betreuung nach Klein Schneen bringen und der Arbeitsplatz seiner Frau gefährdet wird. Er sieht sich in der Diskussion mit nicht zu verstehenden technischen Begriffen konfrontiert und fordert eine fachliche und rechtliche Beratung für den Termin zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung am 9. März 2010, für die in der Bevölkerung Spenden gesammelt werden sollte.

Herr Schröder stellt die Anzahl der Arbeitsplätze in Frage, da vergleichbare Anlagen in der Regel weniger als 10 Mitarbeiter führen. Die bestehende Anlage in Heiligenstadt gehört der Geschichte an. Die neue Anlage steht in Konkurrenz zu weiteren Anlagen in der Region (Dransfeld, Adelebsen etc.), wobei die Gesamtkapazität größer als die Nachfrage ist. Die Großbaustellen sind weitestgehend abgearbeitet und die Finanzlage der öffentlichen Hand lässt weitere Projekte kaum zu. Zu den nachteiligen Auswirkungen solcher Projekte auf geschaffene Strukturen führt er aus, dass aufgrund der A 38 Vermarktungsprobleme beim Baugebiet „Auf dem Hagen“ in Friedland aufgetreten und auch im Bioenergiedorf Reiffenhausen keine Zuzüge mehr zu verzeichnen sind. Er bittet um entsprechende Abwägung.

Herr Friedrichs betont, dass das Verfahren ergebnisoffen geführt wird und kein zeitlicher Druck für eine Entscheidung besteht. Es hat in den Zielen zur Entwicklung der Gemeinde Friedland keine Kehrtwende in der Politik gegeben. Der Rat wird nach Vorlage aller Fakten die Entscheidung abwägen.

Herr Hünermund erläutert, dass 7 – 8 Mitarbeiter für das Mischwerk benötigt werden. Die Firma verfügt über eigene LKWs, die mit 19 Arbeitsplätzen besetzt werden. Es ist geplant, dass auch der Bereich Tiefbau an den neuen Standort verlagert wird, so dass im Ergebnis mit ca. 60 Arbeitsplätze zu rechnen ist. Ausbildungsplätze werden an den zentralen Standorten vorgehalten, in Friedland selbst wird nicht ausgebildet. Es ist zur Zeit noch offen, wie viele der Mitarbeiter den Standortwechsel mittragen werden. Bewerbungen werden gern entgegen genommen.

Herr Pauly weist auf die in den Unterlagen ausgewiesene Entstaubungsleistung der Filterentstaubung von 58.000 m<sup>3</sup> / h und den Reststaubgehalt hin, welches auf das Jahr hochgerechnet immense Summen ergeben würde.

Herr Friedrichs sichert zu, dass die Aussage bis zum 9. März 2010 geklärt wird.

Herr Pauly fährt fort, dass das BIMSChG Grenzwerte festsetzt, die über die für Gewerbegebiete festgesetzten Grenzwerte hinausgehen. Damit wird ein „verkleidetes“ Industriegebiet geschaffen. Er befürchtet, dass langfristig eine „Schmuddel-ecke“ entsteht und wünscht mehr fachliche Informationen für eine sachliche Diskussion. Bezüglich des Brechers bittet er um Aussagen zur Lärmimmission.

Herr Pehle verweist auf die noch fehlenden Gutachten. Die TA Lärm und die DIN 18005 setzen Grenzwerte, deren Einhaltung schädliche Auswirkungen vermeidet, d.h. jedoch nicht, dass die Anlage nicht hörbar ist.

Herr von Schneen zitiert aus Medienberichten zur Fa. Papenburg.

Herr Bürgermeister Friedrichs entzieht ihm das Wort, da die Informationen nicht sachlich zur Diskussion beitragen.

Herr Rode möchte wissen, welche Vorteile die Gemeinde Friedland von der Ansiedlung hat und ob Subventionen fließen.

Herr Friedrichs erklärt, dass noch keine Wertung und Abwägung stattgefunden hat. Arbeitsplätze, auch wenn sie aus einem Nachbarbereich verlagert werden, stellen einen Wert dar. Das Gewerbesteueraufkommen ist nicht zu prognostizieren und aufgrund der Verrechnung zu vernachlässigen. Ob weitere Bereiche profitieren werden, ist noch zu beurteilen.

Herr Groeneveld weist auf die in der Vorlage aufgeführten Vorteile wie Gewerbesteuer und Arbeitsplätze hin. Er bittet die Vorlage und nicht das Anliegen der Fa. Papenburg zu diskutieren. Er fragt nach der juristischen Grundlage für das interkommunale Gewerbegebiet und den landesrechtlichen Grundlagen.

Herr Friedrichs erläutert, der Bericht im Rahmen des Ausschusses ein freiwilliger und zusätzlicher Service auf Wunsch der Bürger/Innen ist. Der frühe Zeitpunkt bedeutet auch, dass bestimmte Informationen noch nicht vorliegen können. Die Aussagen der Fa. Papenburg werden zur Kenntnis genommen. Der Vertrag schließt bestimmte Nutzungen aus (Einzelhandel, FOC etc.). Das Filetstück des Gebietes liegt auf Rosdorfer Gebiet.

Herr Pehle ergänzt, dass das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans für ein Vorhaben im Rosdorfer Teil des Gewerbegebietes lediglich eine Abstimmung mit der Nachbarkommune vorsieht. Diese Stellungnahme der Gemeinde Friedland würde in die Abwägung einfließen.

Frau Ziegler möchte die Vorteile der Ansiedlung, die Anzahl der Arbeitsplätze insgesamt und der neu zu besetzenden Stellen sowie deren saisonale Ausrichtung erläutern.

Herr Dietz zieht in Erwägung, dass einige Mitarbeiter ihren Wohnort nach Friedland verlagern werden. Für das baunahe Gewerbe besteht die Möglichkeit Reparaturarbeiten durchzuführen. Die Arbeitsplätze sind Vollzeitarbeitsplätze. Auslastungsschwache Zeiten werden mit Überstundenabbau und Urlaub überbrückt. Konzernweit werden 300 Auszubildende ausgebildet (Halle, Hannover).

Herr Faust kritisiert, dass Kohlenstaub nicht rückstandsfrei zu verbrennen ist. Die Verlegung der Tiefbauabteilung ist für die Bürger/Innen neu.

Herr Friedrichs sichert zu, den Prozess kritisch zu begleiten. Er sieht angesichts der Arbeitslosenzahl in der Gemeinde Friedland die Schaffung von Arbeitsplätzen positiv. Die Entwicklung der Gemeinde und die vielfältigen Projekte bedürfen einer gesicherten Finanzierung. Dieser Mehrwert wird in den Abwägungsprozess ebenfalls einfließen.

Herr Hahn beurteilt die Aussagen in der Vorlage als verharmlosend. Es geht nicht um die Frage, ob ein Gewerbe- oder Industriegebiet ausgewiesen wird, sondern darum, das die Bürger/innen ein „sauberes“ Gebiet wünschen. Der Energieverbrauch von 18 Megawatt entspricht dem Verbrauch von 1.800 modernen Einfamilienhäusern

Herr Wiesemüller ergänzt, dass drei Ortschaften dafür belastet werden und weitere Firmen kommen könnten, welche die Belastung weiter erhöhen.

Herr Giebel berichtet von dem glücklichen Umstand, seit 1906 das Ziegelwerk mitten in Friedland zu haben. Trotz Immissionen und einem hohen Schornstein gilt das Werk als innovativ und viele Friedländer haben dort Arbeit gefunden. Eine reizvolle Landschaft hat zweifelsohne einen Wert, doch auch der Broterwerb sollte nicht vergessen werden. In Groß Schneen wurde ein landwirtschaftlicher Mastbetrieb errichtet, ohne dass das BImSchG berücksichtigt werden musste und der Ortsrat beteiligt wurde. Die Anlage belastet die Ortschaft massiv. Er stellt die Frage, ob so die Zukunft der Gemeinde und der Landwirtschaft aussehen soll.

Herr Friedrichs bedankt sich bei den Vertretern der Fa. Papenburg und sichert eine sachgerechte Vorbereitung der Entscheidung zu. Aufgrund des frühen Stadiums sind weitergehende Aussagen nicht möglich.

Auf die Frage von Herrn Kalusa, wie die Aussage des Herrn Bürgermeisters „wenn nicht hier, wo sonst“ zu werten ist, erklärt Herr Friedrichs, dass das Zitat aus dem Zusammenhang gerissen worden ist. Seine Intention war darzustellen, dass ein solches Vorhaben nur an einem Standort außerhalb einer Ortslage in Autobahnnähe umzusetzen möglich und nur ein solcher Standort zu prüfen ist.

Herr Meier-Andres kritisiert die unterschiedlichen Aussagen der Verwaltung zur Frage nach der Beauftragung eines Vermessungsbüros. Er berichtet als ehemaliger Heiligenstädter, dass die Rauchfahne der Anlage in Heiligenstadt weithin sichtbar ist, stinkt und eine weiße bis braune Farbe aufweist.

Frau Schmalfuß gibt zu bedenken, dass im Leinetal eine westliche Luftströmung vorherrscht und Inversionswetterlagen auftreten, so dass auch Niedernjesa, Groß Schneen und Friedland von den Immissionen betroffen sind.

Herr Friedrichs weist bezüglich der Vermessung auf den Daten- bzw. Persönlichkeitsschutz hin und unterstreicht, dass die Verwaltung offen mit Informationen umgeht. Er bedauert, dass aufgrund der Witterung eine Besichtigung des Werkes vor Ort derzeit nicht möglich ist.

Auf den Hinweis von Herrn Meier-Andres, dass für die Erstellung eines Gutachten aufgrund der derzeitigen Betriebsruhe nur auf Berechnungen zurückgegriffen werden kann, erklärt Herr Friedrichs, dass Messungen für das Verfahren nicht zugelassen sind.

Der Ausschussvorsitzende Herr Holzapfel bedankt sich bei der Öffentlichkeit für die rege Diskussion und unterbricht die Sitzung um 20.15 Uhr für eine kurze Pause.

Um 20.30 Uhr wird die Sitzung fortgeführt.

Frau Haferburg stellt den Antrag, nach TOP 8 die Sitzung abubrechen und an einem anderen Termin fortzuführen.

Der Antrag wird einstimmig mit sieben nein - Stimmen abgelehnt.

TOP 8: Beratung und Beschlussempfehlung:

Grundschule Friedland (VL 3301)

- Planungsentwurf Erneuerung Pausenhalle
- Genehmigung des Bauprogramms

Herr Schäfer stellt die Maßnahme vor. Neben den im Rechtsstreit zugesprochenen Schadensersatz werden Mittel aus dem Konjunkturprogramm II eingesetzt. Die Maßnahme ist nicht gänzlich ausfinanziert. Es werden umfangreiche Erneuerungs- und Modernisierungsarbeiten durchgeführt, die nicht ausschließlich in die Ferien verlegt werden können. Die Maßnahme wird in der nächsten Ortsratssitzung in Friedland vorgestellt.

Herr Rhode erläutert anhand einer Visualisierung die Baupläne einschließlich des Grundrisses und die Ansichten.

Herr Holzapfel ist erfreut, dass das Problem der Undichtigkeit der Pausenhalle nunmehr gelöst werden kann und dass mit dem Konjunkturprogramm II ein wichtiger Beitrag zur Zukunftssicherung der Schule geleistet wird.

Frau Hagemann erkundigt sich nach einer Unterstellmöglichkeit für die Schulkinder, die vor Öffnung der Schule auf Einlass warten.

Herr Rhode erklärt, dass die Überdachung vor dem Eingang 10 – 15 Kindern Schutz bietet.

Auf Nachfrage von Herrn Giebel, warum die Überdachung nicht bis zum Altbau fortgeführt wird, verweist Herr Rhode auf den Wunsch der Schulleitung.

Herr Henze lobt den Entwurf, insbesondere das geplante Lichtband. Der Ortsrat Friedland begrüßt vor allem die Dämmung des Schulgebäudes und die Überarbeitung des elektrischen Leitungsnetzes.

Der Ausschussvorsitzende Herr Holzapfel bittet um Abstimmung. Mit sieben Ja-Stimmen empfiehlt der Ausschuss entsprechend der Vorlage – Nr. 3301.

Frau Pfitzner bedankt sich, dass nach 13 Jahren eine Lösung gefunden worden ist.

TOP 7: Beratung und Beschlussempfehlung:

Bauleitplanung der Gemeinde Friedland (VL 3300)

- Bebauungsplan Nr. 039 „Kleine Gasse“, OT Klein Schnee
- Aufstellungsbeschluss (Beschleunigtes Verfahren gem. § 13a BauGB)

Herr Schäfer erläutert den Planungsanlass. Ziel der Planung ist eine Nachverdichtung in dem Gebiet. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren gem. §13 a BauGB aufgestellt werden.

Herr Gerke berichtet, dass der Ortsrat von den Anliegern mit der Bitte, eine hintere Bebauung zu ermöglichen, angesprochen worden ist. Nach Rücksprache mit der KGE Friedland mbH ergeben sich keine negativen Auswirkungen auf das Neubaugebiet. Der Ortsrat befürwortet die Aufstellung eines Bebauungsplanes.

Der Ausschussvorsitzende Herr Holzapfel bittet um Abstimmung. Mit sieben Ja-Stimmen empfiehlt der Ausschuss entsprechend der Vorlage – Nr. 3300.

## TOP 9: Beratung und Beschlussempfehlung

- Haushaltsplan
- Haushaltssatzung 2010

Anlage

Der Ausschussvorsitzende Herr Holzapfel zeigt sich erfreut und stolz, dass die Gemeinde Friedland in der glücklichen Lage ist, ohne die Aufnahme weiterer Schulden arbeitsfähig zu sein.

Herr Schäfer stellt den Entwurf des Haushaltsplanes 2010 vor. Die Einnahmen/Ausgaben des Verwaltungshaushaltes belaufen sich auf rd. 8,6 Mio. €, die Einnahmen/Ausgaben des Vermögenshaushaltes auf rd. 1,8 Mio. €. Der Haushalt ist in der Einnahme und Ausgabe ausgeglichen. Eine Kreditaufnahme ist für 2010 nicht vorgesehen.

Der Haushaltsausgleich konnte nur erreicht werden, weil die unbedingt notwendigen Ausgaben eingestellt worden sind. Es sind Leistungskürzungen im Aufgabebereich der freiwilligen Aufgaben, eine Erhöhung der gemeindlichen Realsteuern (Grundsteuer A und B von 320 % auf 340 %, Gewerbesteuer von 350 % auf 360 %) sowie eine Kürzung der Ortsratmittel um 10 % vorgesehen. Der Sammelnachweis 05 wird gegenüber dem Vorjahr von 188.000,00 € auf 144.800,00 € gekürzt, was ein Minus von rd. 43.000,00 € ergibt.

Die Einnahmen werden nach den Prognosen für 2010 im erheblichen Umfang wegbrechen. Die Schlüsselzuweisung wird um rd. 80,00 € von 750,00 € auf 670,00 € je Einwohner/In abgesenkt, wodurch eine Mindereinnahme von ca. 320.000,00 € entsteht. Bedingt durch die Konjunkturlage ist mit einem geringeren Anteil an der Einkommenssteuer in Höhe von ca. minus 7,9 % zu rechnen.

Für zusätzliche Maßnahmen lässt der Haushalt 2010 keinen weiteren Raum, es sei denn, die Finanzierung erfolgt über eine Kreditaufnahme. Der eingeschlagene Sparkurs bedarf der Fortsetzung.

Der Haushaltplan 2010 – insbesondere bei den Baumaßnahmen im Vermögenshaushalt – gibt nur einen Teil der Maßnahmen wieder. Einige Maßnahmen können über Haushaltsausgabereste aus 2009 abgedeckt werden. Die erneute Veranschlagung der Maßnahmen im Haushalt 2010 ist entbehrlich.

Detailliert wird auf den Vermögenshaushalt eingegangen. Bei der Maßnahme „Feuerwehrhaus Niedernjesa“ ist neben der Wärmedämmung eine Vergrößerung des Gruppenraumes geplant, um den Hygiene- und Unfallvorschriften gerecht zu werden. Die Investitionszuschüsse an die Sportvereine basieren auf der entsprechenden Richtlinie der Gemeinde. Bezüglich der OD Niedergandern ist zu berichten, dass die Gemeinde die geprüfte Ausbauplanung von der Straßenbauverwaltung Gandersheim erhalten hat. Der Zuwendungsbescheid GVFG liegt vor. Über den Dorferneuerungsantrag ist noch nicht entschieden worden. Die Maßnahme wird begonnen, sobald die Genehmigung der Straßenbauverwaltung Gandersheim vorliegt. Geplant ist, bis zum Sommer 2010 zu beginnen. Für den Austausch des LF 16 TS der Ortswehr Groß Schneen sind Mittel in Höhe von 200.000,00 € eingestellt worden. Die Anschaffung wird mit 150.000,00 € gefördert.

Herr Holzapfel hebt hervor, dass in der Gemeinde Friedland eine überdurchschnittliche Zahl von Dörfern in der Dorferneuerung ist. Ohne diese finanziellen Mittel könnten die Maßnahmen nicht umgesetzt werden.

Herr Baur erkundigt sich, ob der Verwaltung eine Liste mit den Bewirtschaftungskosten der Liegenschaften vorliegt.

Herr Holzapfel erklärt, dass dieses Thema im Finanzausschusses zu bearbeiten ist.

Herr Magerkurth gibt zu bedenken, dass der Winter den Gemeindestraßen stark zugesetzt hat und der im Haushalt enthaltene Ansatz nicht ausreichen wird.

Frau Dr. Wollenweber schlägt vor, eine der freiwilligen Maßnahmen um ein Jahr zu verschieben und diese Mittel für die Straßensanierung einzusetzen. Denkbar wäre, die Fahrbahnquerung in Stockhausen auf 2011 zu verschieben. Sie sieht ein Problem darin, der Bevölkerung zu vermitteln, dass Löcher aus Finanznot nicht geflickt werden können, während für solche Maßnahmen z.Zt. Geld übrig ist.

Herr Schäfer führt aus, dass verschiedene Haushalte (Verwaltungs- / Vermögensaushalt) betroffen sind und die Verschiebung der Mittel mit der Finanzverwaltung besprochen werden müsste. Er bittet, Straßenschäden der Bauverwaltung zu melden.

Herr Holzapfel begrüßt den Vorschlag und sichert die Unterstützung der SPD-Fraktion zu.

Frau Hagemann fragt an, wo die Mittel für den Ausbau der Breitbandversorgung eingesetzt werden.

Herr Schäfer erklärt, dass bei allen neuen Baumaßnahmen Leerrohre verlegt werden für den Fall, dass ein Versorgungsträger Interesse an einem Ausbau des Netzes bekundet.

Der Ausschussvorsitzende Herr Holzapfel bittet um Abstimmung. Mit dem Hinweis auf den Vorschlag von Frau Dr. Wollenweber, weitere Mittel für die Sanierung der Gemeindestraßen zur Verfügung zu stellen, empfiehlt der Ausschuss mit sieben Ja-Stimmen entsprechend der Vorlage.

#### TOP 10: Beratung und Beschlussempfehlung

Straßenunterhaltung

- Teilsanierung der Straße „Am Bühgraben“, Deiderode

Herr Schäfer stellt die Planungen zur Teilsanierung der Straße „Am Bühgraben“ anhand einer Visualisierung vor. Der Ortsrat ist in die Planung eingebunden. Die Gesamtkosten der Sanierung der Straße belaufen sich auf ca. 95.000 €. Da nur 40.000 € zur Verfügung stehen, soll zumindest der obere Teil der Straße saniert werden.

Auf Nachfrage von Herrn Magerkurth zur Einbindung des Wasserverbandes Leine Süd erklärt Herr Schäfer, dass Kanalbau nicht erforderlich ist. Da es sich um eine Unterhaltungsmaßnahme handelt, fallen keine Anliegerkosten an.

#### TOP 11: Anfragen:

Herr Henze schildert, dass auf dem ehemaligen Parkplatz des ASB immer noch die Lampen im Unterstand brennen.

Herr Schäfer erklärt, dass dieses Problem bereits gelöst worden ist.

Frau Hagemann legt dar, dass auf der Ortsratssitzung über die mangelnde Schneeräumung und unpassierbare Straßen geklagt worden ist und fragt nach der Haftung, wenn Rettungswagen etc. nicht die Häuser erreichen können. Insbes. ältere Menschen leiden unter den Straßenverhältnissen.

Herr Schäfer verweist auf die rechtliche Regelung, wonach nur verkehrsbedeutende Straßen und Gefahrenpunkte von der Gemeinde geräumt werden müssen und Anlieger in der Pflicht sind, Fuß-/Gehwege zu räumen. Die Haftung liegt beim Grundstückseigentümer.

Frau Hagemann sieht angesichts der großen Grundstücke und des Alters der Menschen Schwierigkeiten, der Pflicht nachzukommen.

Herr Schäfer schildert, dass in anderen Kommunen dies als kostenpflichtiger Dienst angeboten wird.

Herr Magerkurth lobt die Arbeit des Bauhofes, die kritischen Bereiche unter Kontrolle gehabt zu haben.

Herr Gerke dankt der Verwaltung und dem Bauhof für ihren Einsatz und das Engagement in der Dorferneuerung. Er lobt das Vertrauensverhältnis zu Herrn Schäfer und äußert Verständnis für seine Verschwiegenheit zu bestimmten Vorgängen. Er bittet zukünftig ihn entsprechend zu informieren.

Herr Wiegmann bedankt sich für die finanzielle Unterstützung der Feuerwehr trotz der angespannten Haushaltslage in 2009. Die Ersatzbeschaffung des Fahrzeuges in Groß Schneen ist bedauerlicherweise zum Nachteil der Gemeinde ausgefallen. Für 2011 ist eine Ersatzbeschaffung für das Fahrzeug in Friedland, welches technisch nur bedingt einsatzfähig ist, ins Auge zu fassen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Holzapfel dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme und schließt die Sitzung um 21.35 Uhr.

---

(Frank Holzapfel)  
Ausschussvorsitzender

---

(Schäfer)  
Vertreter der Verwaltung

---

(Bruder)  
Protokollführerin